

## Hunger nach dem Feind

### Jeder Skandal stärkt den Verfassungsschutz: Eine Kölner Tagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Markus Mohr

Im Jahre 1980 wurde das Komitee für Grundrechte und Demokratie gegründet. Es war aus einer Kampagne zur Durchführung eines »Russel-Tribunals« zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik hervorgegangen. Seitdem hat sich das Komitee unter anderem, aber kontinuierlich, mit der Entwicklung der hiesigen Sicherheitsapparate auseinandergesetzt. In der Geschichte der Neuen Linken nach 1968 hatte es als wohl einzige Gruppierung im Umbruchsjahr 1990 parallel zur Abwicklung der Staatssicherheit die Abschaffung der Verfassungsschutzbehörden gefordert.

Auch das war ein Grund, sich auf der Jahrestagung des Komitees, die am vergangenen Wochenende in der alten Feuerwache Köln mit etwa 40 Teilnehmern über die Bühne ging, der Frage zu widmen, wer genau »am Exempel Verfassungsschutz« die Demokratie schützt oder vielmehr gefährdet.

In seinem Auftaktreferat zeichnete Heiner Busch die Geschichte der Staatssicherheit in der alten Bundesrepublik als eine Geschichte der systematischen Ausweitung ihrer Aufgaben und Befugnisse nach. Als 1968 die direkte strafrechtliche Verfolgung der Kommunisten durch die Relegalisierung der KPD in Gestalt der DKP aufhörte, wurden die mit einem bis dahin vergleichsweise geringen Personalbestand agierenden VS-Behörden aufgebläht. Sie sollten die in die Begründung des KPD-Verbotsurteil aus dem Jahre 1956 hineingeschriebene Kampfformel der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« als administrativen Ausgrenzungsmechanismus gewährleisten. Nach Busch kenne der »Hunger der Sicherheitsbehörden nach einem Feind« weder ein Ende noch eine Begrenzung: Der »Feind« wurde in den 1950er und 60er Jahren zunächst als »kommunistisch«, in den 70ern dann als »terroristisch« gebrandmarkt. Heute müsse der Islamismus diese Rolle erfüllen.

Die Politikwissenschaftlerin Susanne Feustel unterstrich in ihren Ausführungen die unterschiedliche Behandlung neofaschistischer Organisationen (hauptsächlich in den ostdeutschen Bundesländern) und die gegen diese recherchierende Antifa-Netzwerke durch die VS-Behörden. Rechne man alle bislang öffentlich gewordenen Honorare für bekannt gewordene V-Männer in den neofaschistischen Organisationen zusammen, komme man grob geschätzt auf einen jährlichen Betrag zwischen 500000 und 1,5 Millionen Euro, der an Funktionäre eben dieser Organisationen fließe. Rufen aber aber antifaschistische Gruppen zu Blockaden von Neonaziaufmärschen auf, tauchen sie recht schnell in den VS-Berichten als »linksextremistisch« auf.

Im instruktivsten Beitrag der Tagung setzte sich das Redaktionsmitglied der Bürgerrechtszeitschrift CILIP, Norbert Pütter, mit der systemisch bedingten »Unkontrollierbarkeit« des VS auseinander. Am Beispiel der geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollkommission des Bundestages (PKK), auf die die Bundesregierung stets verweise, wenn es mit dem VS Probleme gebe, beschrieb Pütter die Absurdität einer solchen »Kontrolle«. In der Geschichte der PKK seit 1978 sei von diesem Gremium auch noch nicht ein einziger Skandal aufgedeckt worden. Warum? Seine Arbeitsweise beruhe schlicht auf einer strafrechtlich bewehrten Schweigepflicht seiner Mitglieder. In Anlehnung an die Weisheit der Frage: »Warum ist die Banane krumm? Wäre sie gerade, wäre sie keine Banane!« beschrieb er das Ergebnis seiner Überlegungen. »Warum ist der Geheimdienst nicht kontrollierbar? Wäre er es, dann wäre er kein Geheimdienst mehr!« Pütter bezeichnete dabei den aktuellen NSU-Skandal als eine »neue Variante des bereits Bekannten«. Bislang habe noch jeder »Skandal« des VS auch zu dessen Stärkung geführt.

Für Wolf-Dieter Narr war der »strukturell undemokratische Verfassungsschutz« mit den Menschenrechten unvereinbar. Er wies in seinem Abschlußvortrag auch darauf hin, daß es nichts nütze, wie jüngst von Claus Leggewie und Horst Meier gefordert, die Abschaffung des VS bitteschön mit dem Aufbau einer »neuen Sicherheitsarchitektur« zu verbinden. Der VS sei als »essentielles Element« in der Tektonik der Bundesrepublik mit einer Vielzahl von anderen Sicherheitsinstitutionen so verwickelt, daß das bloße Abschrauben eines Türschildes nichts an der autoritär-herrschaftlichen Verfassung dieses Staates werde ändern können.